

In dieser Ausgabe:

3 Neue Wohnkostenregelungen für Hartz IV. Erhöhung für Singles um 5 Prozent, aber Frist für „Wohnkostensenkung“ halbiert.

4 Fünf Gründe gegen die NATO. Das Militärbündnis will zu seinem 60. Jahrestag eine „neue Strategie“ auf den Weg bringen.

6 Rechtsextremisten in Neukölln. Julia Dobberstein überlegt, was dagegen getan werden kann.

7 „So geht Revolution? - Werbung und Revolte“. Eine Ausstellung in der Galerie Olga Benario beleuchtet dieses Thema.



Karikatur: Aiff/ver.di

Gegen Krise und Krieg

Dem „Bankenrettungspaket“ folgt das „Konjunkturpaket II“. Hunderte Milliarden Euro werden von der Bundesregierung für die Unterstützung von Banken und Konzernen mobilisiert. Gigantische Interventionen des Staates, die zum Ziel haben, das Kapital zu stützen und die Krisenauswirkungen auf die Bevölkerung abzuwälzen. Dagegen formiert sich Protest. „Wir zahlen nicht für eure Krise“ lautet das Motto der Demonstrationen, die für den 28. März in Berlin und am Bankenstandort Frankfurt am Main vorbereitet werden. Die Gewerkschaft ver.di hat für Mai weitere Demonstrationen angekündigt. DIE LINKE unterstützt diese Proteste.

DIE LINKE ist auch dabei, wenn die Friedensbewegung Anfang April anlässlich des 60. Gründungstages der NATO zur Demonstration „Nein zur NATO – Nein zum Krieg“ in Straßburg aufruft. Dort wird eine erste Chance sein, dem neuen US-Präsidenten Barack Obama zu zeigen, was die Friedensbewegung von ihm erwartet: das Ende, nicht die Ausweitung des Krieges in Afghanistan.

Komm mit zu den Demonstrationen – es geht um Deine Sache.

Klaus-Dieter Heiser,
DIE LINKE, Bezirksvorstand Neukölln

Sozialgerichte:

Hartz-IV-Regelsätze verfassungswidrig

Das Bundessozialgericht erklärte Ende Januar die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder als verfassungswidrig.

Danach verstößt die Bestimmung des SGB II, wonach Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 60 Prozent des Regelsatzes für alleinstehende Erwachsene maßgebende Regelleistung festsetzt (§ 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II) gegen das Grundgesetz.

In der Medieninformation begründet das Bundessozialgericht diese Entscheidung damit, dass „die Regelleistung für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres um 40 von Hundert gegenüber der maßgebenden Regelleistung für Erwachsene herabgesetzt worden ist, ohne dass der für Kinder notwendige Bedarf ermittelt und definiert wurde“. Auch solle das Sozialgeld für Kinder von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II abschließend und bedarfsdeckend sein, während Kinder von Sozialhilfeempfängern nach § 28 Abs 1 Satz 2 SGB XII abweichende Bedarfe geltend machen können. Schließlich bemängelte das Gericht, dass die Höhe der Regelleistung für alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einheitlich mit 60 Prozent festgesetzt wurde, ohne dabei weitere Altersstufen vorzusehen.

Zuvor hatte das Landessozialgericht Hessen (AZ L 6 AS 336/07) ein mündlich schon im Oktober ergangenes Urteil zur weiteren Prüfung an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet. Demnach verletzen die Hartz-IV-Regelsätze die Verfassung, unter anderem weil sie die Menschenwürde nicht ausreichend schützen. Der schriftlichen Urteilsbegründung zufolge verstoßen nicht nur die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder, sondern auch jene für Erwachsene gegen das Grundgesetz, das in Art. 1 die Menschenwürde schützt und in Art. 20 Abs. 1 und 3 das Sozialstaatsprinzip einfordert.

DIE LINKE kritisiert seit langem, dass Hartz IV Armut per Gesetz bedeutet und fordert, das Gesetz abzuschaffen und durch eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung zu ersetzen.

Zu den aktuellen Entscheidungen der Sozialgerichte erklärt Jürgen Klute, Sozialpfarrer und Mitglied des LINKE-Parteivorstands: „Die Regelsätze für Kinder sind zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Sie reichen nicht aus, etwa um eine gesunde Ernährung zu sichern oder eine Bildungsteilhabe auf Augenhöhe zu gewährleisten. Daran ändern auch kleine Schönheitsverbesserungen, wie zuletzt die marginale Aufstockung der Regelsätze für 7- bis 13-Jährige um 35 € pro Monat im Rahmen des Konjunkturpakets II nichts“.

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

Tempelhofer Feld: Die Bremse ziehen



Foto: Angela Knobloch

Das Unbehagen wächst. Seit der Flugruhe auf dem Tempelhofer Feld wachsen Ängste wie Hoffnungen der Neuköllner BürgerInnen und ihrer politischen Initiativen. Drastische Mietsteigerungen und Zwangsumzüge könnten zur Regel werden.

Auf einer von metroZones im Dezember vergangenen Jahres im Schillerkiez durchgeführten, sehr gut besuchten Veranstaltung wurden Alternativen erarbeitet: Demokratische Bürgerbeteiligung, keine Privatisierung des Geländes, Öffnung des Areals für die Menschen und Einfrieren der Mieten.

Die Senatorin für Stadtentwicklung, Junge-Reyer (SPD), will den Zaun noch lange stehen und nur partiell öffnen lassen. Zwei Drittel der Fläche sollen Park werden, ein Drittel wird ringsum durch private Investoren bebaut. Für das riesige Flughafengebäude und die Fläche können ausschließlich Fachleute und Investoren planungsreife Ideen einreichen. Das stößt bei allen Bürgerinitiativen auf Ablehnung.

„tfa - Tempelhof für alle“ verlangt eine Öffnung des Zaunes, richtet sich gegen Privatisierung und Kommerzialisierung. „Unkonventionellen Ideen muss Platz gemacht werden.“

Die „NANU – Nachnutzung THF“ schreibt dies ebenfalls auf ihre Fahnen. Sie verlangt vom Senat ein zehnjähriges Moratorium. Nicht neue Ideen und Konzepte, aber Entscheidungen über

die Köpfe der BürgerInnen hinweg werden ausgeschlossen. Nachnutzung sei vergleichbar mit dem Bau des Regensburger Doms: ein Generationen übergreifendes Projekt. Zwischennutzungen unter Bürgerbeteiligung gleichen „einer Zwiebel: Schicht für Schicht schält sich über Jahre ein von allen gewolltes Gesamtbild heraus.“

Die „Interessengemeinschaft BUNTER HUND“ verwies auf einen Anfangserfolg. Raum für Hundauslauf auf dem Gelände bezeichnete die zuständige Planungsabteilung des Senats auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der Genezarethkirche als möglich. Der „BUNTE HUND“ möchte ein vom Senat bezahltes, vier Fußballfelder großes Auslaufgebiet zusammen mit KünstlerInnen als attraktiven „Hundepark für Tier und Mensch“ gestalten.

Die „Initiative gegen Zwangsumzüge“ warnte vor steigenden Mieten. Ein Mitglied musste kürzlich auf Anweisung des Neuköllner JobCenters vom Reuterkiez in den Schillerkiez umzie-

hen. Durch die wachsende Bekanntheit der Gegend am Landwehrkanal als „kreatives Kreuzkölln“ ziehen dort die Mieten drastisch an. Im Schillerkiez kaufen internationale Anleger Immobilien und führen Staffelmieten bis zu 75 Euro pro Jahr ein. Die landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft „Stadt und Land“ verlangt für eine zum Tempelhofer Feld gelegene Wohnung bei Neuvermietung bis zu 170 Euro mehr.

„Es wird Zeit, die Bremse zu ziehen!“, fasste eine Teilnehmerin die dramatische Situation zusammen. Demokratische Bürgerbeteiligung für die Nachnutzung des Tempelhofer Feldes, Einfrieren der Mieten, Moratorium für die Nachnutzung und Proteste in Form von Demonstrationen und Volksabstimmungen werden ins Auge gefasst. Fahrrad- und Bustouren über das Gelände können den Menschen die Potentiale des Tempelhofer Feldes erlebbar machen. Bereits zum Event „48-Stunden-Neukölln“ kann das Tor an der Oderstraße geöffnet werden: für Kunstaktionen mit bezahlbarer Gastronomie.

Thomas Hinrichsen,

DIE LINKE, Basisorganisation Hermannstraße

Kontakte und weitere Informationen:

metroZones e.V.: metroZones@gmx.net
 NANU THF, Bürgerinitiative Nachnutzung Tempelhof: www.nachnutzung-thf.de,
info@nachnutzung-thf.de
 tfa - Tempelhof für Alle:
<http://tfa.blog>, tfa@riseup.net
 Interessengemeinschaft BUNTER HUND,
 „Ein Hundepark für Tier und Mensch“:
ig-bunter-hund@t-online.de

Die Neuköllner LINKE hat bereits am 8. Februar 2008 auf ihrer Mitgliederversammlung beschlossen: Das Tempelhofer Feld muss naturgrün werden, private Bebauungen werden abgelehnt, demokratische Bürgerbeteiligung ist für die Nachnutzung Voraussetzung. Das THF muss für alle da sein: Freizeitsport, Kunstaktionen, Grillplätze, Hundauslauf gehören dazu. Der Milieuschutz muss wieder eingeführt werden, um Mietsteigerungen und Verdrängung von AnwohnerInnen zu vermeiden.

Hartz IV: Neue Wohnkostenregelungen

Im Dezember vergangenen Jahres hat sich der Senat auf eine Neuregelung der Ausführungsvorschrift (AV) Wohnen für Hartz-IV-Betroffene geeinigt.

Mit der SPD war eine umfassende Einigung über die Anpassung der festgelegten Richtwerte an die gestiegenen Miet- und Energiekosten nicht zu erzielen, erklärt dazu Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE).

In einem ersten Schritt wird jetzt der Richtwert, bis zu dem die Bruttowarmmiete zusätzlich zum Hartz-IV-Regelsatz gezahlt wird, für Ein-Personen-Haushalte um fünf Prozent auf 378 Euro erhöht. Das kommt rund 190.000 Betroffenen zugute. Für alle weiteren Haushalte wurde mit der SPD vereinbart, dies anzugehen, wenn der Mietpiegel 2009 vorliegt. Orientierungsrahmen für die Festlegung der neuen Richtwerte werden die Mieten über den gesamten Wohnungsbestand sein – also nicht etwa nur die Wohnungen in sogenannten einfacher Wohnlage, wie es SPD-Finanzsenator Sarrazin anstrebte.

Bis zur Festsetzung neuer Richtwerte hat der Senat ein Moratorium vereinbart. Das bedeutet, dass keine Kostensenkungsverfahren eingeleitet werden dürfen, wenn die Mieten die gültigen Richtwerte nur aufgrund aktuell gestiegener Betriebskosten übersteigen.

Ein wesentlicher – hart umstrittener Punkt – bei den Neuverhandlungen der AV Wohnen war die sogenannte Ein-Jahres-Frist. Anders als in den meisten anderen Städten und Gemeinden enthielt die Berliner Regelung eine Übergangsfrist von einem Jahr, bevor die Jobcenter prüfen, ob die Wohnkosten angemessen sind.

Die Sonder- und Härtefallregelungen bleiben erhalten, aber die bisherige Berliner Ein-Jahres-Frist wird auf sechs Monate verkürzt. Der Bundesarbeitsminister hatte nach Aufforderung durch den Bundesrechnungshof und den Haushaltsausschuss des Bundestages verlangt, dass die Jahresfrist abgeschafft wird, verbunden mit der Drohung, dass Erstattungsansprüche des Bundes an das Land Berlin fällig und notfalls eingeklagt werden. Sie stimme nicht mit der bundeseinheitlichen Regelung überein, argumentierte die Bundesregierung.

Diese Frage ist nach Auffassung von Sozialsenatorin Knake-Werner nicht juristisch, sondern nur politisch zu gewinnen. DIE LINKE will, dass das Land Berlin diese Forderung in den Bundesrat einbringt und auf eine Gesetzesveränderung hinwirkt. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat die Bundesregierung scharf kritisiert, dass sie das Land Berlin gezwungen habe, die vernünftige Ein-Jahresregelung abzuschaffen und werde ihrerseits in einem Antrag die Einführung dieser Frist auf Bundesebene verlangen.

neu-köllnisch · 1/ 2009 - Februar



Karikatur: Klaus Stuttmann

2009 – Jahr der Krise und Jahr des Kampfes

Bislang kamen wir mit der Finanz- und Wirtschaftskrise scheinbar glimpflich davon. Doch für 2009 korrigieren die Fachleute laufend die Prognosen nach unten. Freilich sind es dieselben Experten, die bis zuletzt die freie Marktwirtschaft hoch hielten. So ganz vertrauens-erweckend sind diese Prognosen also nicht.

Eine dieser Denkfabriken, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, erwartet für 2009 ein Schrumpfen der Wirtschaft um -2,7 Prozent. Einzelne „interessierte“ Kreise wie die Deutsche Bank, die auf mehr Staatshilfe schießen, gehen sogar von -4 Prozent aus.

Konsumnachfrage fehlt

Achillesferse der deutschen Wirtschaft ist der Export, da Aufschwünge des „Exportweltmeisters“ Deutschland hauptsächlich vom Export getragen wurden. In der von den USA ausgehenden Krise bricht aber genau dieser ein. Jetzt rächt sich, dass man jahrelang die Binnen-nachfrage vernachlässigte. So ging der Konsum der privaten Haushalte seit 2007 zurück, 2008 preisbereinigt um 0,8 Prozent.

Zukunftsinvestitionen – 50 Milliarden Euro

DIE LINKE fordert ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit den fünf Schwerpunkten Bildung, Gesundheit, Umwelt, Klimaschutz und kommunale Daseinsvorsorge mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro pro Jahr. Mindestens eine Mil-

lion tariflich abgesicherte und bezahlte Vollzeit-arbeitsplätze können so gesichert und geschaf-fen werden. Abbau von Erwerbslosigkeit ist ein wichtiger Beitrag um die Forderung „Hartz IV muss weg“ mit Inhalt auszufüllen. Für 2009 ist nach Meinung der LINKEN eine Größenordnung von mindestens 30 Milliarden Euro Mehrausga-ben anzustreben.

Auch für Neukölln interessant

Danach könnten 10 Milliarden Euro zum Bei-spiel für den Ausbau und Betrieb von Kinderta-gesstätten, Ganztagschulen und zur Sanierung von Schulen eingesetzt werden. Auch ein 10-Milliarden-Euro-Programm für den ökologischen Umbau. Klimaschutz und Energiewende mit den Bereichen Energiesparfonds, Förderung erneu-erbarer Energien und CO₂-Gebäudesanierung; vor allem für einkommensschwache Familien könnte in unserem Bezirk Verbesserungen brin-gen. Ebenso ein Anteil an den 5 Milliarden Euro im Bereich Verkehr und Infrastruktur für eine kommunale Investitionspauschale, zur Förde-rung strukturschwacher Regionen, den Ausbau des ÖPNV und den Sanierungsbedarf bei Brü-cken, Straßen, der Abwasserentsorgung und dem Ausbau der Schiene. Die Lage, z.B. im Neu-köllner Krankenhaus unterstreicht, dass schnell ein Plan vorgelegt werden könnte, um einen Teil der 5 Milliarden Euro, die für den Bereich Ge-sundheit zur Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern gefordert werden, sinnvoll zu investieren.

Um die Konjunktur jetzt zu stützen müssen alle Maßnahmen, die schnell umgesetzt werden können, hohe Priorität haben. Doch das wird nicht im Selbstlauf geschehen, es bedarf des Kampfes um dieses Zukunftsinvestitionspro-gramm es im Interessen der Bevölkerung.

DIE LINKE Berlin-Neukölln



Egal, wer gerade Präsident ist, er bleibt vor allem Uncle Sam ...

Karikatur: Klaus Stüttmann

5 Gründe gegen die NATO

Die NATO wird im April 2009 in Straßburg und Baden-Baden ihren 60. Jahrestag feiern. Sie will dort ein neues strategisches Konzept für einen globalen Militärpakt verabschieden, das weiterhin der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den USA und ihren Verbündeten den Zugang zu den Energie- und Rohstoffvorräten der Welt sichern soll.

DIE LINKE sagt Nein zur NATO.

1 Truppen raus aus Afghanistan

Die NATO führt in Afghanistan einen brutalen Krieg, der immer mehr Zivilisten das Leben kostet und droht, nach Pakistan überzugreifen. Es geht der NATO nicht um die Befreiung der afghanischen Bevölkerung von den Taliban, nicht um Demokratie oder Frauenrechte. Ihr Ziel ist es in Afghanistan ihre Interessen gegenüber Russland und den aufstrebenden Wirtschaftsmächten in Südostasien durchzusetzen. Krieg und Besatzung aber verhindern Frieden, Versöhnung und effektive humanitäre Hilfe in Afghanistan. DIE LINKE ist deshalb für den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der Bundeswehr und aller NATO-Truppen aus Afghanistan.

Auch im Irak führen viele NATO-Staaten Krieg. Deutschland ist mit der US-Airbase in Ramstein und dem Flughafen Leipzig eine der Drehscheiben für diesen Krieg.

2 NATO-Osterweiterung bringt neue Kriegsgefahr

Seit 1992 hat die NATO den gefährlichen Weg der Ost-Erweiterung und des Truppeneinsatzes außerhalb des Bündnisgebietes eingeschlagen, der zu neuen Spannungen und Kriegen führt. Fast alle Staaten Ost- und Südosteuropas gehören heute der NATO an. Je stärker die NATO ihren Einfluss in Richtung Osten auswei-

tet, desto mehr fühlen sich Russland und China bedroht. Der Georgienkrieg im Sommer 2008 zeigt, wie schnell neue Brandherde entstehen können. DIE LINKE will keinen neuen Kalten Krieg und keine US-Raketenabwehrsysteme in Osteuropa.

3 NATO heizt Rüstungsspirale an

Die NATO-Staaten geben jährlich 900 Milliarden Euro für Rüstung aus. Sie sind für 75 Prozent der Rüstungsexporte verantwortlich. Damit heizen sie die weltweite Rüstungsspirale an und zementieren die globale Armut. Nach UNO-Schätzung wären 175 Milliarden Euro nötig, um weltweit Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung sicherzustellen. DIE LINKE fordert Abrüstung weltweit – und will damit im eigenen Land beginnen.

4 Bush-Politik auch mit Obama

George W. Bush ist weg – die Welt atmet auf. Doch was können wir von Barack Obama erwarten? Sein außenpolitisches Ziel ist das gleiche – die Sicherung der Vorherrschaft der USA. Er will die NATO-Verbündeten noch stärker einbinden, um den „Krieg gegen den Terror“ zu gewinnen. Mit Robert M. Gates bleibt Bushs Kriegsminister im Amt. DIE LINKE kämpft an der Seite der US-amerikanischen Friedensbewegung gegen den Krieg.

5 NATO-Option für Atomwaffeneinsatz

Die NATO wurde während des Kalten Krieges gegründet. Der Ersteinsatz von Atomwaffen im Falle eines militärischen Konflikts war der wichtigste Faktor der NATO-Doktrin. Heute interveniert die NATO weltweit, schließt Präventivkriege und den Ersteinsatz von Atomwaffen nicht aus. DIE LINKE tritt für die Ächtung der Atomwaffen ein.

DIE LINKE setzt sich ein für das weltweit gleiche Recht aller Menschen auf Entwicklung und Wohlstand, für globale Kooperation statt imperialistischer Konkurrenz im Umgang mit den natürlichen Ressourcen, dem Klimawandel und seinen Folgen. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Militärbündnisse wie die NATO sollen aufgelöst und stattdessen zivile Sicherheit ausgebaut werden.

DIE LINKE ruft dazu auf, sich an den vielfältigen Protesten in Straßburg und Baden-Baden zu beteiligen. Argumente und Informationen zu den NATO-Protesten, Fahrtmöglichkeiten etc. unter www.no-to-nato.org oder beim Berliner Bündnis unter <http://no-nato.so36.net>.

Weitere Informationen über die Positionen, Debatten, Aktivitäten und Materialien der LINKEN zur NATO unter www.die-linke.de/nein_zur_nato

Wer sich an den Protesten gegen den NATO-Gipfel in Straßburg beteiligen möchte, kann sich melden bei
DIE LINKE, Bezirksverband Neukölln
Richardplatz 16, 12055
hier gibt es auch Flugblätter, Plakate, Buttons und weitere Materialien,
oder bei Klaus-Dieter Heiser,
klaus-dieter.heiser@die-linke-neukoelln.de
Telefon 030/686 63 19

DIE LINKE. Hessen ist drin - Neukölln war dabei!

Weil die Rot-Grüne Minderheits-Regierung Ypsilanti unter der „Tolerierung“ der LINKEN wegen der rechten Sozialdemokraten Metzler, Walter und anderen nicht zustande kam, wurde am 18. Januar 2009 in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Aus Solidarität und zur Unterstützung der hessischen Genossen halfen Berliner Mitglieder der LINKEN beim Wahlkampf. Hier zwei Berichte von Neuköllner Genossen.

Sonnabend, 17. Januar. Die letzte Chance, den Wahlausgang in Hessen zu beeinflussen.

Um fünf Uhr morgens machen wir, fünf Mitglieder der Neuköllner LINKEN, uns auf den Weg. In Kassel fängt es gut an: Es gibt Kaffee und Brötchen, um uns herum allerdings herrscht die Betriebsamkeit eines Taubenschlags. Wahlkämpfer tauchen im Pulk auf und sind gleich wieder mit Stapeln von Zeitungen, roten Taschen und roten Luftballons verschwunden. Andere kommen von Aktionen vor Werkstoren und wärmen sich auf, bevor es weiter geht.

Weitere Berliner begrüßen uns, sie sind schon seit gestern im Einsatz. Flugs sind wir aufgeteilt auf drei Gruppen, überall finden Info-Stände statt.

Ich stehe auf dem Opernplatz, die Straßenbahnen laden die Leute direkt vor unserem Stand ab. Zwei Jugendliche haben sich die Plakatüberkleber der LINKEN auf ihre Hosen geklebt, auf denen eine Millionärssteuer gefordert wird. Ich bin überrascht, denn sie kennen DIE LINKE noch gar nicht richtig: „Was wollen die Linken denn so?“ fragen sie. Auch das Ziel, die Banken zu vergesellschaften, unterscheidet DIE LINKE in diesem Wahlkampf.



„Brutalstmöglich gegen Koch - DIE LINKE!“ Für diesen Slogan erntet man meist ein Lächeln. Ein SPD-Wähler bleibt stehen, er hofft noch, dass die SPD gewinnt. „Aber ich finde es gut, dass es euch gibt.“

Am darauffolgenden Sonntag erhält DIE LINKE.Hessen 5,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen und zieht wieder in den Landtag in Wiesbaden ein.

Herzlichen Glückwunsch!

*Daniel Friedrich, DIE LINKE Neukölln,
Basisorganisation Reuterkietz*



Fotos: Franziska Lornz-Hoffmann

Freitag, 13. Dezember. Es ist 18 Uhr. Sieben Genossinnen und Genossen treffen sich im „Roten Laden“ in Friedrichshain, um sich auf den Weg nach Hessen zu machen.

Es geht in den Schwalm-Eder-Kreis südlich von Kassel. Nach dem wir spät am Abend in Nordhessen angekommen waren, wurden wir von den Genossen sehr gastlich aufgenommen. Wir haben dann verteilt bei den hessischen Genossen übernachtet und am anderen Morgen ging es dann los. In dem sehr ländlichen Kreis wurden Grußkarten „Zuverlässig sozial“ der LINKEN von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an die hessischen Wähler gesteckt. Wenn wir in Berlin beim Stecken von Infos unserer Partei durch die dichte Bebauung sehr verwöhnt werden, konnten wir in den überwiegend

aus Einfamilienhausgebieten bestehenden Orten die tägliche Mühe der Genossen aus Hessen kennen lernen. Um 9.00 Uhr ging es am Samstag los und Iris aus Hessen, Ben aus Friedrichshain und ich steckten die Grußkarten in der Kreisstadt Homberg (Efze). Zusätzlich kam am Samstag noch drei weitere Berliner Genossen, darunter ein weiterer Neuköllner zur Verstärkung in den Schwalm-Eder-Kreis. Am Abend waren dann alle, Berliner wie Hessen etwas „fußlahm“ und müde. Das hinderte uns aber nicht daran, den Geburtstag einer hessischen Genossin zu feiern und am Abend nett zusammen zu sitzen und Erfahrung auszutauschen. Trotz kurzer Nacht ging es am anderen Tag weiter und wir haben in der Stadt Wabern Grußkarten gesteckt. Nach einem guten Essen haben wir uns dann gegen 15.30 Uhr von den hessischen Genossen verabschiedet und uns auf den Rückweg nach Berlin gemacht. An diesem Wochenende wurde insgesamt mit Hilfe aller Landesverbände unserer Partei ca. 400.000 Grußkarten in Hessen verteilt.

Thomas Licher, mit Grußkarten von Haus zu Haus im hessischen Wahlkampf.

*Thomas Licher, DIE LINKE Neukölln,
Basisorganisation Hermannstraße*



Foto: Thomas Licher



Foto: Jacob Huber

Protest gegen den Nazi-Aufmarsch in Lichtenberg im Dezember 2008.

Rechtsextremisten in Neukölln

Auch in Neukölln entwickelt sich eine ausgeprägte rechte Szene. Was kann dagegen getan werden?

Viele Jahre lang galten eher die östlichen Berliner Außenbezirke als Herde rechter Gewalt, und so war ich fast etwas überrascht, im Jahre 2007 die Nachricht zu hören, dass einige Innenbezirke gleichgezogen oder gar überholt haben.

Es existieren Statistiken auf verschiedenen Grundlagen. Bezogen auf körperliche Gewalt mit rechtsextremem Hintergrund liegt leider

Friedrichshain ganz vorne, hier geschahen im Jahr 2007 80 Übergriffe, etwa ein Viertel der gesamtberliner Straftaten.

Bezogen auf rechtsextrem motivierte Straftaten insgesamt, also neben Körperverletzungen auch verbale Angriffe, Beleidigungen, Hetze und Sachbeschädigungen, nimmt Neukölln den Spitzenplatz ein. Hier geschahen 2007 insgesamt 194 rechte Straftaten.

Leider kann ich nicht genau sagen, inwiefern auch antisemitische Schmierereien muslimischer Jugendlicher dazuzählen, bzw. welchen Anteil sie daran haben. Denn so verwerflich das

natürlich auch ist, würde ich sie jedoch nicht im Kern zu politisch rechtsradikalen Straftaten zählen.

Wie reagieren wir darauf? Als erstes schlage ich eine enge Vernetzung mit Anlaufstellen bzw. Organisationen wie MBR Neukölln, NiP, Reach Out vor, daran würde ich gerne intensiver mit Interessierten zusammenarbeiten.

Wichtige Maßnahmen sind Demonstrationen und Protestkundgebungen, wie z.B. am 23. August vorigen Jahres in Neukölln. Wichtig ist, dass die Anzahl der Teilnehmer dieser Veranstaltungen die der Neonazis möglichst um ein mehrfaches übersteigt, um die breite Basis auch nach außen hin zu demonstrieren. Anzustreben ist auch eine große Anzahl politisch noch nicht organisierter, „unpolitischer“ Teilnehmer, da durch sie der antifaschistische Gedanke am besten Einlass in die Wohnzimmer findet.

Es muss noch viel weiter bewusst werden, dass Rassismus und Rechtsextremismus nicht einfach Weltanschauungen wie andere sind.

Ein Info-Stand bei einem Neuköllner Wohngebietsfest wäre gut – natürlich müsste da das Thema von der positiven Seite her angegangen werden (z.B. eher „Pro Multikulti“ als „Anti Faschismus“), da viele Anwohner bei solchen Festen Ablenkung suchen und nicht negativ gestimmt werden möchten.

Bei den Recherchen fiel mir auf, dass Konflikte zwischen Migranten und deutschstämmigen Einwohnern oft zur Entschuldigung bzw. Rechtfertigung für rechtsextreme Straftaten aufgeführt werden, also sollten bei einem solchen Infostand auch Antworten auf diese Probleme gegeben werden können!

Ganz besonders wichtig erscheint mir die Prophylaxe, also Jugendliche aufzufangen, noch bevor sie überhaupt in rechte Kreise kommen können. Momentan kenne ich mich noch zu wenig in Neukölln aus. Arbeit/Präsenz in Jugendzentren muss doch bestimmt möglich sein, und es ist ganz wichtig, dass diese auf die Bedürfnisse Jugendlicher abgestimmt ist. Sie muss also wirklich cool sein, nicht aufgesetzt, belehrend oder ältlich. Vielleicht können wir da später im Jahr etwas mit unserer Band machen, nur so als Idee.

*Julia Dobberstein,
Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Neukölln*



Fotos: Franziska Lorenz-Hoffmann

Am Denken von Rosa und Karl anknüpfen

In diesem Sinne beteiligte sich der Neuköllner Bezirksverband der LINKEN an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 90. Jahrestages ihrer Ermordung. Über 80.000 Berlinerinnen und Berliner kamen zum stillen Gedenken nach Friedrichsfelde, zur Gedenkstätte der Sozialisten



DIE LINKE Berlin-Neukölln

„Netze knüpfen“

Linke Themen besser in die Öffentlichkeit bringen

Ein Interview zur 6. Akademie für linke Medienmacher/innen

Seit wann gibt es die Linke Medienakademie?

Hüttner: Die Medienakademie entstand aus Kursangeboten für Zeitungsprojekte der PDS. 2008 war der Quantensprung: Die Akademie fand erstmals in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) statt. Etwa 300 Menschen nahmen an der 5. Akademie 2008 teil. Für 2009 rechnen wir mit noch mehr Interesse.

Ihr sprecht also jetzt das gesamte linke Spektrum an?

Hüttner: Ja, die politische Debatte wird in den Medien geführt. Aber gesellschaftlicher Druck braucht Prozesse von unten. Der entsteht aus Diskussion und Organisation an den realen Orten, an denen Menschen zusammenkommen. Das geschieht in Initiativen und Parteien, in Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen, im Stadtteil. Wer sich hier engagiert, braucht auch ein mediales Sprachrohr. Unser Ziel, das wir in Teilen auch schon erreichen, ist es, Menschen aus Gewerkschaften, politischen Initiativen, der Zivilgesellschaft, aus lokalen Onlineprojekten oder freien Radios anzusprechen. Wir verstehen die Akademie für linke Medienmacher/innen als einen Ort derjenigen, die für

eine demokratische, soziale und solidarische Republik eintreten und Medienarbeit als Feld politischen Handelns ansehen. Dieses Jahr konnten wir – mit diesem Impuls – neben dem bisherigen Partner „Neues Deutschland“ auch die „taz“ als Medienpartner gewinnen.

Was erwartet die Teilnehmer am ersten Märzwochenende?

Hüttner: Kurz gesagt: Wir bieten Weiterbildung, Diskussionen und Vernetzung. Das bedeutet preiswerte Weiterbildung auf hohem Niveau, aber auch Einführungen für Starter. Wichtig sind uns die politische Diskussion sowie das Networking mit und unter Gleichgesinnten. Wir wollen, die Obama-Kampagne macht das mehr als deutlich, die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters verstärkt nutzen, uns also nicht nur auf gedruckte Produkte konzentrieren. Ich freue mich besonders auf Bascha Mika von der taz, die ja die einzige leitende Redakteurin einer überregionalen Zeitung in Deutschland ist.

Wie geht es weiter?

Hüttner: Wir möchten die Akademie als größten Treffpunkt linker und alternativer Medienschaffender in Deutschland etablieren und das Workshopangebot für Jugendliche und Studierende gezielt erweitern.



Bernd Hüttner ist Regionalmitarbeiter der RLS in Bremen und seit 2008 an der Linken Medienakademie beteiligt. Das Interview wurde für das Magazin RosaLux geführt. Die Fragen stellte Klaus-Dieter Heiser.

Linke Medienakademie

5.-8. März 2009

Tagungszentrum Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Unter anderem mit **Dr. Jens-Peter Heuer, Staatssekretär Berlin; Dr. Gregor Gysi; Prof. Bascha Mika, Chefredakteurin der taz; Jürgen Reents, Chefredakteur von Neues Deutschland; Norbert Küpper, Experte für Zeitungsgestaltung; Tissy Bruns.**

Über 120 Veranstaltungen machen "fit für den Medienalltag". Diskussionen, Vorträge, Workshops, Intensiv-Kurse sowie Exkursionen in den Bereichen Neue Medien, PR- und Öffentlichkeitsarbeit, Journalistische Genres und Praxis, Bildbearbeitung, Layout und Illustration sowie Wissensmanagement.

Jetzt anmelden!

www.linke-medienakademie.de

„So geht Revolution“ - Werbung und Revolte

Eine Ausstellung in der Galerie Olga Benario

„Join the Revolution!“, „Fight for your rights!“, „Viva la libertad!“, „Radikalisiert das Leben!“. Auf den ersten Blick Parolen und Slogans aus dem Wörterbuch der neuen sozialen Bewegungen. Doch nur auf den ersten Blick.

Denn diese Slogans und Parolen stammen allesamt aus kommerziellen Werbeanzeigen, die in den letzten Jahren den Weg in die Medienöffentlichkeit fanden. Bereits seit langer Zeit hat die Werbeindustrie die Bilderwelten linken und alternativen Protests für sich „entdeckt“. Während es in den 60er und 70er Jahren um die Disziplinierung, Umdeutung und Lächerlichmachung der Zeichen des Protests ging, nutzen die kreativen Industrien heutzutage diese Parolen, Ikonen und Symbole zur Erzeugung von Differenz zum gesellschaftlichen Mainstream: Be different! Dem umkämpften Verhältnis von politischen Zeichen, realem Protest und neoliberalen Gegenwartspraxen der Konsumgesellschaft widmet sich die Ausstellung „So geht revolu-

tion“, die u.a. Che Guevara, Karl Marx, Mao, Lenin, Ulrike Meinhof, rote Fahnen und rote Sterne, Straßenschlachten und Molotov-Cocktails in 100 kommerziellen Werbeanzeigen von 1967 bis heute zeigt – und nicht zuletzt die Frage stellt, was Begriffe wie Freiheit, Radikalisierung und Revolution heute bedeuten sollen.

Der Ludwigsburger Kulturwissenschaftler Rudi Maier sammelt seit langer Zeit „revolutionäre“ Werbeanzeigen, im Archiv der Mediologischen Vereinigung Ludwigsburg finden sich derzeit ca. 1800 Print-Anzeigen von 1967 bis heute und etwa 60 TV-Werbevideoclips.

Kontakt: mediologie@demoz-lb.de

Veranstaltungsprogramm im Februar und Anfang März:

Donnerstag, 19.2. 19:30 Uhr

So ging Revolution! Bericht von einer „Berliner Delegation“ zum „50. Jahrestag der Revolution in Cuba“

Donnerstag, 26.2. 19:30 Uhr

„Grüß Gott, da bin ich wieder“. Die Herausgeber Prof. Dr. Rolf Hecker und Hans Hüb-

ner stellen ihren Band über Marx-Karikaturen und die Reaktionen auf das Buch vor.

Donnerstag, 5.3. 19:30 Uhr

„Frauenpower beginnt mit Blumen bei ihrem Floristen“? Geschichte und Entwicklung des Internationalen Frauentages bis heute. Referentin: Claudia v. Gélieu

Donnerstag, 12.3. 19:30 Uhr

Das Versteckspiel. Symbole und Codes von Rechtsextremen, Referent: Frank Metzger vom apabiz e.V. (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum)

Die Ausstellung wird bis zum 2. April 2009 gezeigt.

Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, 12043 Berlin-Neukölln

U7: Karl-Marx-Straße (Ausgang Neuköllner Oper und durch die Passage)

Infos: 680 59 387 oder 626 16 51

E-Mail: forum@galerie-olga-benario.de,

Internet: www.Galerie-Olga-Benario.de

Öffnungszeiten: bei Veranstaltungen und auf Anfrage

Termine DIE LINKE Neukölln

**Mitgliederversammlung
der Neuköllner LINKEN**

Freitag, 13.2.2009, um 18 Uhr im Nachbarschaftsheim Neukölln in der Schierker Str. 53 in 12051 Berlin-Neukölln (S- und U-Bahnhof Neukölln)

Tagesordnungsvorschlag:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Europawahlprogramm/Europawahlkampf
Einleitungsreferat: Martin Handtke
3. Vorstellung von Basisorganisationen und Projektgruppen
4. Anträge
5. Sonstiges

Wer für den Zeitraum der Mitgliedervollversammlung eine Kinderbetreuung benötigt, melde sich bitte frühzeitig bei Ruben Lehnert (ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de , oder Tel.:030 40980943)

Bezirksvorstand

Donnerstag, 5.2.2009, 19.00 Uhr
Donnerstag, 19.2.2009, 19.00 Uhr
Donnerstag, 5.3.2009, 19.00 Uhr,
Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 11.2.2009, 19.00 Uhr
Mittwoch, 25.2.2009, 19.00 Uhr
Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)

BO Reuterkietz

Dienstag, 24.2.2009, 19 Uhr
Veranstaltung in den Räumen des Vereins iranischer Flüchtlinge e.V., Reuterstraße 52

BO Rixdorf

Donnerstag, 12.2.2009, 19.00 Uhr
Donnerstag, 26.2.2009, 19.00 Uhr
Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 10. Februar, 19:00 Uhr
Seniorenfreizeitstätte "Bruno Taut",
Fritz-Reuter-Allee 46
Thema: Wirtschaftskrise und „Wie können wir DIE LINKE im Neuköllner Süden stärken“.

BO Neukölln Nord (BO.NN)

Dienstag, 10. Februar 2009, 19.00 Uhr
Mitgliedertreffen
Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative ErwiN

jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat
Frühstück ab 11.00 Uhr
im Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 2. Februar 2009

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 25. Februar 2009

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · 1/ 2009 - Februar

Sozialisierung der Verluste abwenden

DIE LINKE diskutiert über die Wirtschaftskrise. Sie will verhindern, dass ihre Folgen auf den Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden

Am 16. Dezember folgten 20 Gäste der Einladung der Neuköllner LINKEN, im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu diskutieren. Als Hauptredner zum Thema „Was tun gegen die Krise“ sprachen Lydia Krüger vom wissenschaftlichen Beirat des globalisierungskritischen Netzwerks Attac und der gewerkschaftspolitische Sprecher der LINKEN Michael Schlecht.

Lydia Krüger stellte die Hektik, mit der die Regierung das Rettungspaket für die Banken durchgesetzt hatte, dem Zögern gegenüber, wenn es um ein Konjunkturprogramm gehe. Die Hauptaufgabe der Linken sei nun, „die Sozialisierung der Verluste abzuwenden“, und die Profiteure der neoliberalen Wirtschaftspolitik zahlen zu lassen.

Michael Schlecht prangerte die Umverteilungspolitik der großen Koalition und ihrer Vor-



Michael Schlecht (DIE LINKE, links) und Lydia Krüger (Attac) setzen sich für Proteste gegen die Auswirkungen der Krise im Frühjahr ein. In der Mitte Raoul Didier (Moderator)

gängerregierung an. Diese Umverteilung sei eine Ursache der aufgeblähten Finanzmärkte gewesen. Deshalb dürfe man der Regierung nicht glauben, wenn sie die Schuld auf die US-Wirtschaft schiebe.

Die entscheidende Frage sei jetzt, gemeinsam Widerstand gegen ihre Politik zu organisieren. Er schlug vor, drei massenwirksame Forderungen ins Zentrum des Protests zu stellen: Eine Millionärssteuer von 5 Prozent, die Vergesellschaftung der hilfsbedürftigen Banken und Betriebe und ein dauerhaftes Zukunftsinvestitionsprogramm von 50 Milliarden Euro pro Jahr für Bildung und Infrastruktur.

Jan Maas.

DIE LINKE, Basisorganisation Reuterkietz

DIE LINKE. wirkt – wirke mit!

Wenn Du Dir selber eine Meinung über DIE LINKE bilden möchtest, dann informiere Dich direkt bei uns:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:
DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030 613 59 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon: